

GZ Präs. 11332/2003-70
Bevollmächtigung von
Peter Stöckler, Präsidialamt,
zur Vertretung der Stadt
vor Gerichten und Verwaltungsbehörden;
Widerruf bestehender Bevollmächtigungen

Graz, 14.01.2010 Mag. Ri
Berichterstatter/in:

Bericht an den Gemeinderat

Dem Präsidialamt wurde Herr Peter Stöckler zur Dienstleistung im Referat für Zivilrechtsangelegenheiten zugeteilt.

Aus diesem Anlass wäre für Herrn Peter Stöckler die Bevollmächtigung durch den Gemeinderat in dem Umfang zu erwirken, wie sie den bereits bevollmächtigten Bediensteten des Präsidialamtes – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten erteilt wurde.

Es sind dies im Einzelnen die Bevollmächtigungen zur Vertretung der Stadt Graz:

- 1. vor allen Bezirksgerichten für Zivilrechtssachen in Prozessverfahren (im Umfang des § 31 Abs. 1 ZPO) sowie in allen nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten, insbesondere in Verlassenschafts- und in sämtlichen Grundbuchssachen und zur Einbringung von Grundbuchsgesuchen aller Art;
- 2. vor allen Landes- oder Kreisgerichten für Zivilrechtssachen in Konkurs- und Ausgleichsverfahren, sowie in arbeits- und sozialgerichtlichen Rechtssachen;
- 3. vor dem Oberlandesgericht Graz in außerstreitigen Angelegenheiten (Einbücherungsverfahren);
- 4. vor allen Verwaltungsbehörden:
- 5. vor allen Strafgerichten.

Gleichzeitig wäre die erteilte Vollmacht für den in den Ruhestand versetzten Bediensteten Johann Muchitsch zu widerrufen.

Gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz ist die Bestellung von Bevollmächtigten dem Gemeinderat vorbehalten, wobei die Vorberatung gemäß § 61 Abs. 1 leg cit dem Stadtsenat obliegt.

Der Stadtsenat stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

A) Herr Peter Stöckler wird bevollmächtigt, die Stadt Graz zu vertreten:

B) Die Herrn Johann Muchitsch erteilte Vollmacht wird widerrufen.

- 1. vor allen Bezirksgerichten für Zivilrechtssachen in Prozessverfahren (im Umfang des § 31 Abs. 1 ZPO) sowie in allen nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten, insbesondere in Verlassenschafts- und in sämtlichen Grundbuchssachen und zur Einbringung von Grundbuchsgesuchen aller Art;
- 2. vor allen Landes- oder Kreisgerichten für Zivilrechtssachen in Konkurs- und Ausgleichsverfahren, sowie in arbeits- und sozialgerichtlichen Rechtssachen;
- 3. vor dem Oberlandesgericht Graz in außerstreitigen Angelegenheiten (Einbücherungsverfahren);
- 4. vor allen Verwaltungsbehörden;
- 5. vor allen Strafgerichten.

Der/die BearbeiterIn:	Die Abteilungsvorständin:
Der Bürgermei	ster:
Vorberaten und angenommen in der Sitzung des Stadtsenates am	Gesehen! Der Magistratsdirektor:

Der Antrag wurde in der heutigen	öffentl nid	cht öffentl. Gemeinderatssitzung
bei Anwesenheit von Gemei	inderätInnen	
einstimmig mehrheitlich (mit	Stimmen /	Gegenstimmen) angenommen.
Beschlussdetails siehe Beiblatt	Graz, am	Der / Die Schriftführerln: